

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Deutschland 16,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 14,50 M. Für Nachbestellungen nehmen sämtliche Volkshilfsstellen Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Porto/Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 18,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die schillinghaltigen Konvoluten über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Transportkosten. Keine Anzeigen: Das setzgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportkosten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bezüge 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Bezüge in Werbeanzeigen: das setzgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der englische Bergarbeiterstreik

1 Million Ausständige

Nach den letzten Meldungen liegen in ganz England die Bergwerke still. Ein Teil des Maschinen- und Pumpenpersonals führt die Kohlenarbeiten aus, um das Erlaufen der Gruben zu verhindern. Am Sonnabend sollen im ganzen Lande öffentliche Versammlungen der Grubenarbeiterverbände und der Transportarbeiter abgehalten werden, um den Delegierten Instruktionen für die Konferenz geben zu können. Der Personenverkehr auf den Eisenbahnen wurde eingeschränkt. Die Regierung will alle möglichen Vorkehrungen getroffen haben, um die Nahrungsmittelzufuhr zu den Städten in Gang zu halten.

Die Vertreter der Transportarbeiter und der Eisenbahner erklären, daß sie sich mit den Bergleuten solidarisch erklären würden. Die Transportarbeiter haben für Dienstag, die Eisenbahner für Mittwoch eine Konferenz ihrer Delegierten einberufen. Dort soll endgültig darüber bestimmt werden, welche Maßnahmen die Organisationen zur Unterstützung der Bergleute zu treffen haben. Die Zahl der streikenden Bergarbeiter wird auf eine Million geschätzt.

Eine der ernstesten Katastrophen

London, 2. April.

Wie die Blätter melden, sind bereits einige Bergwerksschächte überflutet und zahlreiche andere stehen in Gefahr. „Daily Chronicle“ schreibt: Einige Minister seien der Ansicht, daß England vor einer der ernstesten Katastrophen seiner Geschichte seit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 stehe.

Drohender Eisenbahnerstreik in Belgien

U. Brüssel, 2. April.

Belgien wird durch einen allgemeinen Eisenbahnerstreik bedroht, der durch die von der Regierung geplante Verminderung der Zuschläge für die Lebensmittelsteuer veranlaßt wird. Die Vertreter der Fachvereinigungen haben dem Minister erklärt, daß eine Herabsetzung der Zuschläge einen allgemeinen Eisenbahner-

streik zur Folge haben könnte. Die Herabsetzung soll in diesem Monat noch nicht erfolgen, während im nächsten Monat ein doppelter Abzug stattfinden wird.

Deutschland und Amerika

Ueber das Verhältnis der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu Deutschland werden von Washington aus einander widersprechende Meldungen verbreitet. In Paris meldet man von dort, im amerikanischen Staatsdepartement sei erklärt worden, daß halbamtliche Verhandlungen zwischen der amerikanischen Kommission in Berlin und den deutschen Behörden über die Entschädigungsfrage eingeleitet worden seien. Deutschland habe den lebhaften Wunsch, daß Amerika an der Festsetzung der zu entrichtenden Summe beteiligt werde. Ein Reuters Telegramm behauptet demgegenüber, von maßgebenden Regierungskreisen in Washington werde erklärt, die Stellung der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland sei die, daß Deutschland seine Verantwortung für den Krieg auf sich nehmen und seine Zahlungsverpflichtungen, soweit es ihm irgend möglich sei, erfüllen müsse.

Wie eine „amtliche Stelle“ zu diesen Nachrichten mitteilt, habe der amerikanische Geschäftsträger mit einer „maßgebenden Persönlichkeit“ des Auswärtigen Amtes eine Unterredung geführt, worin die Wiedergutmachungsfrage gestreift worden sei. Die amerikanische Regierung als solche habe nicht wieder den Wunsch geäußert, in der Wiedergutmachungsfrage zu intervenieren. Es wird weiter mitgeteilt, daß eine „deutsche Persönlichkeit“ zu Minister Dr. Simons nach Lugano gereist sei und daß diese Reise mit der angelegten amerikanischen Intervention in der Wiedergutmachung in engster Verbindung stehe.

E. E. Paris, 2. April.

Der Entschädigungsausschuß hat nach Anhörung der deutschen Delegation deren Einwände gegen die Gesamtschuld der Pensionzahlungen abgelehnt. Bei den Pensionzahlungen müssen nach diesem Beschluß auch noch eine Reihe von Zahlungen geleistet werden.

Der Lokaltermin im Polizeipräsidium

Der zur Aufklärung der Erschießung von Suhl vom Polizeipräsidenten Richter angeordnete Lokaltermin fand heute vormittag statt. Vertreter der Gewerkschaften und des Ausschusses der Polizeibeamten Deutschlands nahmen daran teil. Eine Lokalkorrespondenz berichtet darüber:

Der Lokaltermin brachte eine volle Bestätigung der Angaben des Kriminalbeamten, der den tödlichen Schuß abgegeben hatte. Von größter Bedeutung war die Aussage eines ganz unparteiischen Zeugen des Vorganges. Der Zeuge ist ein Ausländer, der sich gemeldet hat, als er las, daß an den Schuß und seine Folgen allerlei Vermutungen geknüpft wurden. Er erklärte gleich bei seiner Meldung, daß er als Ausländer an der Sache selbst gar kein Interesse habe, daß er nur der Gerechtigkeit wegen auszusagen wolle. Suhl und der Beamte seien an dem Zeugen vorbeigekommen, als sie die Treppe hinaufgingen. Vor seinen Augen verkehrte einer der Männer (Suhl) den anderen (den Beamten) einen so heftigen Stoß, daß er taumelte. Der Gestohlene rief dann den anderen, der die Treppe hinauf weiter lief, an, und schloß hierauf. Die Kugel ging an dem Zeugen vorbei und traf den Liegenden so schwer, daß er sofort zusammenbrach. Auf den Knall und die Schmerzensrufe des Getroffenen eilten mehrere Leute, Beamte und andere Personen herbei. Keiner von ihnen aber hat nach der bestimmten Befehlsgebung des Zeugen den Verwundeten irgendwie mißhandelt. Das hat auch die Leichensichtung bestätigt. Medizinalrat Dr. Leppmann hat außer der Schußwunde keine Spur einer anderen Verletzung oder Einwirkung durch Gewalt gefunden. Der Schußkanal bestätigt die Darstellung des Hauptzeugen. Die Kugel hat den Körper von hinten nach vorn aufwärts durchschlagen. Man suchte ihren Einschlag in der Wand, fand ihn aber nicht. Es ist anzunehmen, daß die Kugel in der Kleidung hängen geblieben und beim Transport des Verletzten verloren gegangen ist. Der Termin nahm längere Zeit in Anspruch.

Sowohl der Bericht der Lokalkorrespondenz, als auch der Bericht zum Ausdruck gebracht, daß es uns zweifelhaft erscheint, daß auf solche Weise die Schuldfrage klargestellt werden kann. Ueber jeden Zweifel gestellt ist aber die Tatsache, daß die Tötung Sults nicht hätte erfolgen können, wenn nicht der Schicksal des früheren rechtssozialistischen Ministers Heine dem Polizeibeamten den Vorwand zu seiner Tat gegeben hätte. Fest steht ferner die Tatsache, daß das Schließen im Polizeipräsidium, dem bei dieser Gelegenheit ein Arbeiterleben zum Opfer gefallen ist, eine gräßliche, durch nichts zu rechtfertigende Untat ist.

Die Arbeiter zum Tode Sults

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der A. G. C. Apparatefabriken protestieren auf das heftigste gegen die Ermordung des Arbeiterkollegen Suhl. Sie erkennen in diesem Mordmord eine vorbereitete Handlung der Reaktion und sind sich darüber klar, daß nur durch die Einigkeit des Proletariats diesem

Morden entgegengearbeitet werden kann. Sie rufen alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften auf, endlich diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche solche politischen Morde in Zukunft unmöglich machen. Ferner erheben die Versammelten schärfsten Protest gegen das Bestehen einer politischen Polizei „Abt. IA“, deren Existenz in einer Republik keinerlei Berechtigung hat.

Die am 2. April 1921 im Borjig-Kasino tagende Betriebsversammlung des Borjig-Betriebes erhebt schärfsten Protest gegen den feigen Mordmord an dem Kollegen Suhl. Die Arbeiterschaft der Firma Borjig erklärt, jede Aktion, welche von den maßgebenden Instanzen angeordnet wird, mit aller Kraft, die der einzigen Arbeiterschaft zu Gebote steht, durchzuführen und den Ansturm der gesamten Reaktion abzuschlagen.

Die vorstehenden Resolutionen wurden einstimmig und zwar von den Vertretern aller Parteien angenommen.

Bandenbildungen auf dem Lande

Immer deutlicher wird es, daß das deutsch-nationale Geschrei gegen die kommunistischen Putschabsichten nur die Aufmerksamkeit von den Vätern der Gegenrevolution ablenken soll. Trotz aller Ablehnungen wird immer wieder versucht, geschlossene Banden für die reaktionären Absichten zu organisieren. Besonders eifrig ist man auf dem Lande am Werke. Einem Arbeiter, der Beschäftigung suchte, ging folgendes Schreiben zu:

A. G. Müller
B. Nr. W. 33/21. Klein-Raddow, den 16. März 1921.
Herrn

Sie können bei der Arbeitsgemeinschaft sofort als Landarbeiter eingestellt werden.

Bedingungen: Treudeutsche Gesinnung, Arbeitslust, anständiges Verhalten gegen Arbeitgeber und Kameraden, unbedingt: Unterordnung unter Trupp- und Gruppenführer, Unterbringung auf Gütern oder bei Bauern, Tageslohn M. 8,- bis M. 10,- bei freier Verpflegung und Unterkunft. Monatsbeitrag an die A. G. M. 8,-, dafür wird der „Kamerad“ geliefert, sowie sonstige Vergünstigungen. Meldung in Klein-Raddow. Bahnstation ist Labes (Strecke Berlin-Stolz, Preis von Berlin M. 22,-). Von da 12 Kilometer Landstraße oder Kleinbahn bis Groß-Raddow, nur ein Zug täglich früh um 7 Uhr (Preis M. 6,-), von da 3 Kilometer Landstraße. Fahrgeld und sonstige Kosten werden nicht erlegt. J. A.: gez. Helmuth Florke, Geschäftsführer.

Wir lenken die Aufmerksamkeit des Staatskommissars für die öffentliche Sicherheit und des preussischen Innenministers auf diese „Arbeitsgemeinschaft“. Hoffentlich gehen sie mit der notwendigen Schärfe gegen diese reaktionäre Bandenbildung vor!

Deutschösterreichs Anschluß und Karls Putsch

Ein deutsch-österreichischer Parteigenosse schreibt uns:

Während der letzte Habsburger in Steinamanger darauf wartet, in die Schweiz zurückgedrängt zu werden, ist die deutsch-österreichische Anschlußbewegung in Deutschland um einen scheinbar nur äußerlichen Schritt vorwärtig gekommen, der aber nicht ohne wesentliche Bedeutung ist. Der Präsident des Deutschen Reichstages, Löbe, hat den Vorsitz des österreichisch-deutschen Volksbundes übernommen, dessen einzige Aufgabe darin besteht, auch von Deutschland aus die Anschlußbewegung in Gang zu bringen. Wir wissen, daß man Löbe nicht als Parteipolitiker, sondern ausschließlich als Reichstagspräsidenten den Vorsitz angetragen hat. Darin, daß er ihn zu übernehmen wagte, liegt die politische Bedeutung der Sache. Hat doch die Anschlußbewegung Deutschösterreichs in Deutschland gerade bei den offiziellen Stellen seit dem November 1918 nicht die Unterstützung gefunden, die man eigentlich als das natürlichste von der Welt hätte erwarten können. Mit dem Herzen waren alle dabei. Aber die Verantwortung vor dem Auslande wollte keiner recht tragen. Deutschland hat infolge seiner monarchistischen Entwicklung noch nicht jenes Nationalgefühl, das über allem Nationalismus hinweg in einem wahren Gemeinschaftsinn für alle diejenigen Volksteile besteht, die zueinander gehören wollen. Während in Deutschösterreich die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung von dem leidenschaftlichen Verlangen nach dem Anschluß erfüllt ist, herrschte in weiten Kreisen des deutschen Volkes — warum soll man das nicht offen sagen — lange Zeit eine gewisse Gleichgültigkeit. Gewiß ist es in den letzten zweieinhalb Jahren besser geworden. Aber noch ist viel zu tun, damit der Anschluß nicht wie eine beliebige politische Forderung bloß gewollt, sondern wirklich so mit innerer Leidenschaft gefordert wird, daß keine Macht der Erde instande sein kann, sich dem zu widersetzen. Ein Symptom dieser inneren Entwicklung ist es, daß ein deutscher Reichstagspräsident der offizielle erste Vorsitzende des österreichisch-deutschen Volksbundes geworden ist. Ein Beweis dafür, daß nun auch das offizielle Deutschland aus seinen Gefühlen kein Hehl mehr zu machen sucht. Nun muß auch noch das nächste folgen, die zahlreichen Schichten, denen der Deutschösterreicher in Deutschland noch immer wie ein beliebiger Ausländer ausgesetzt ist, müssen fortfallen. In welchem Maße sich gerade die nationalistischen Kreise darin versündigen, beweist die bayerische Aufweisungspolitik. Der Nationalismus ist eben immer imperial und hat das wirklich nationale Gefühl. Das nationale Gefühl hat dagegen mit Imperialismus an sich gar nichts zu tun.

Der habsburgische Putsch lehrt uns aber auch als Republikaner und Sozialisten die Bedeutung der Anschlußbewegung schätzen. Der Plan der Habsburger ist ganz klar. Von Ungarn aus soll die alte Monarchie, wenigstens zum Teil, wieder aufgerichtet werden. Solange Deutschösterreich ein sogenannter selbständiger, in Wirklichkeit von jedem Wohlfühlvereiner abhängiger Staat ist, kann er von der ungarischen Militärmacht und einem künftigen glücklicheren Habsburgerputsch mit Leichtigkeit verschlungen werden. Ein Deutschösterreich, das zur deutschen Republik gehört, ist für Habsburg fortan völlig unerreichbar. Man soll die bayerischen Treibereien gewiß nicht unterschätzen und doch kann man den Plan Bayerns, Oesterreich unter eine gemeinsame habsburgische oder wittelsbachische Krone zu bringen, für gescheitert ansehen, wenn der Anschluß vollzogen ist. Die bayerische monarchistische Wendee hätte sich dann nicht nur gegen die nordbayerische, sondern auch gegen die niederösterreichische Arbeiterschaft zu wehren und würde vom gesamtdeutschen Proletariat leicht niedergedrungen werden.

Wie von Anfang an immer gesagt wurde, bedeutet also der deutschösterreichische Anschluß eine wesentliche Stärkung der republikanischen Macht. Die monarchistische Agitation würde für Mitteleuropa einen weiteren Teil ihrer Gefährlichkeit verlieren. Aber auch die sozialistische Bewegung würde durch den Anschluß nur gewinnen. Das deutschösterreichische Proletariat steht in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem Boden, den in Deutschland die Unabhängige Sozialdemokratische Partei einnimmt. Die staatliche Vereinigung von Deutschösterreich und Deutschland würde der revolutionären Bewegung nicht nur neue Kämpfer, sondern auch zahlreiche ausgezeichnete Köpfe zuführen, die wir sehr gut brauchen könnten. Nicht nur das nationale Gefühl, nicht nur die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, auch der sozialistische und der revolutionäre Gedanke fordern ohne jede Einschränkung den Anschluß Deutschösterreichs. Möge daher das deutsche Proletariat nicht nur mit dem Kopfe, sondern auch mit dem Herzen ein Kämpfer für den Anschlußgedanken sein.

Wien, 1. April. (M. T. B.)

Wie das „Neue Wiener Abendblatt“ erzählt, wird das Gesetz über die Volksabstimmung vom Nationalrat demnächst verabschiedet werden, worauf in allen Ländern die Volksbefragung für den Anschluß an das deutsche Reich erfolgen wird, eine Maßnahme, die mit dem Friedensvertrag von St. Germain keineswegs

im Widerspruch steht. Die Regierung soll sich aus dem Grunde entschlossen haben, die Volksabstimmung jetzt zuzulassen, weil Einzelabstimmungen in den Ländern und Städten nicht zu vermeiden gewesen wären und unter diesen Umständen eine allgemeine Abstimmung als zweckentsprechender bezeichnet werden muß.

Ende des Habsburger Putzches

Das Abenteuer der Habsburger in Ungarn darf als beendet angesehen werden. Die Reutermeldung, daß der Staatsrat in Budapest bereits vollzogen worden sei, wird von allen Seiten dementiert. Dem steht auch die Tatsache gegenüber, daß die ungarische Nationalversammlung sich scharf gegen die Habsburger ausgesprochen hat. Der österreichische Nationalrat hat gestern folgenden Antrag der Großdeutschen einstimmig angenommen: „Der Nationalrat erinnert daran, daß sich der ehemalige Kaiser Karl am 11. November 1918 verpflichtet hat, die Entscheidung des deutsch-österreichischen Volkes über seine staatliche Verwendung anzuerkennen. Der Nationalrat stellt fest, daß das deutsch-österreichische Volk diese Entscheidung gefällt hat durch die Wahl der konstituierenden Nationalversammlung, die die republikanische Bundesverfassung durch einstimmigen Gesetzesbeschluß festgesetzt hat. Der Nationalrat erklärt, daß das deutsch-österreichische Volk entschlossen bleibt, die friedliche Entwicklung des republikanischen Bundesstaates gegen jede Bedrohung von außen und von innen zu sichern. Der Nationalrat fordert die Bundesregierung auf, jeder Gefährdung der Republik mit allen Mitteln der äußeren und inneren Politik tatkräftig entgegenzuwirken.“ Die Vertreter der drei Parteien: der Sozialdemokraten, der Großdeutschen und der Christlich-Sozialen gaben Erklärungen ab, daß die demokratische Republik aufrechterhalten und alle Vorkehrungen getroffen werden müßten, daß außenpolitische Vorgänge keine innerpolitischen Wirkungen in Oesterreich auslösen dürften. Nach der Annahme des Antrages wurden lebhafteste Hochrufe auf die Republik ausgebracht.

Eine bemerkenswerte Erklärung gab Graf Sforza im italienischen Senat ab. Er sagte, daß die italienische, die französische und die englische Diplomatie einmütig für die Entsetzung des ehemaligen Kaisers Karls aus Ungarn eingetreten seien. Karls Abenteuer habe nicht überlebt; denn Italien habe die Gefahr vorhergesehen und vorbeugende Maßnahmen getroffen, indem es sich mit Belgrad und Prag vorher verständigt habe. Dies sei einer der Vorteile des Vertrages von Rapallo und der nahen Beziehungen Italiens zu den österreichischen Nachbarn. In Ungarn müsse jedermann, daß weder Italien noch die benachbarten Staaten eine Wiederverkehr Karls jemals dulden würden.

Im Zusammenhang mit den von Graf Sforza erwähnten Beziehungen Italiens zur kleinen Entente steht eine Haasmeldung, nach der die französische Regierung vom ersten Augenblick an zu dem Ereignis in Ungarn eine äußerst deutliche und unzweideutige Haltung eingenommen habe, und sich der Wiederverkehr des Königs Karl auf den Thron widersetze. Frankreich habe nie den Plan verfolgt, Oesterreich wieder mit Ungarn zu vereinigen, selbst wenn es darüber zu einem Kriege in Mitteleuropa hätte kommen sollen.

Wohin der Exkaiser sich jetzt wenden wird, ist noch nicht klar. Graf Sforza sagte, daß die italienische Regierung keine Schwierigkeiten machen werde, wenn der Habsburger nach Spanien überfliehe und auf der Durchreise italienisches Gebiet berühren wolle. Es ist aber wahrscheinlich, daß Karl sich wieder nach der Schweiz zurückzieht. In diesem Falle wird sein Zug von zwei Ententeoffizieren begleitet und zwei Mitglieder des österreichischen Nationalrates, ein Großdeutscher und ein Sozialdemokrat, werden die Kontrolle des Zuges übernehmen. Der Schweizerische Bundesrat hat beschlossen, dem Exkaiser den Aufenthalt in der Schweiz zu bewilligen, er werde sich jedoch nicht nur wie früher verpflichten müssen, sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten, sondern er wird, wie seinerzeit König Konstantin von Griechenland, das formelle Versprechen abgeben müssen, die Schweiz unter keinen Umständen zu verlassen, ohne vorher dem Bundesrat von einer solchen Absicht in Kenntnis gesetzt zu haben. Ob Exkaiser Karl einer Internierung unterworfen werden wird, ist noch nicht bestimmt. Auch ist über seinen zukünftigen Aufenthaltsort in der Schweiz noch kein endgültiger Entschluß getroffen worden. Die erneute Erlaubnis zum Aufenthalt soll nur provisorisch sein, und in erster Linie mit Rücksicht auf das Gesuch der ungarischen Regierung gegeben worden sein. Auch glaubt dadurch der Bundesrat dem Frieden in Europa zu dienen.

Die Wiedergutmachungsfrage

Die Konferenz der Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam über die Reparationsfrage ist gestern beendet worden. Die Beschlüsse liegen noch nicht vor. Die Konferenz der Internationalen sozialistischen Arbeitgemeinschaft angehörnden Parteien, nämlich der deutschen Unabhängigen Sozialdemokraten, der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei und der französischen Sozialistischen Partei, ist gestern in Amsterdam zusammengetreten. Bekanntlich hat auch das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale nachträglich nach Amsterdam eine Sitzung einberufen. Es wurde eine längere Erklärung angenommen, in der die Sozialisten der alliierten Länder anerkennen, daß die Wiedergutmachungspflicht durch die Leistungsfähigkeit Deutschlands begrenzt ist. Dann wird die Bereitstellung in folgenden Punkten konstatiert: Es ist erforderlich, daß die zerstörten Gebiete so schnell wie möglich den vollen Anteil an der Entschädigung erhalten, ohne den ihr wirtschaftlicher, politischer und moralischer Wiederaufbau gefährdet würde. Um die erforderlichen Summen aufzubringen, müssen im Laufe der nächsten fünf Jahre eine oder mehrere große internationale Kautelen abgeschlossen und durch 30 Annuitäten verbürgt werden, die Deutschland sich zu bezahlen verpflichtet.

Es liegt im Interesse der alliierten Länder, daß diese große Kreditoperation durch die Mitarbeit aller Nationen ermöglicht und erleichtert wird.

Die Konferenz begrüßt es, daß die französischen und die deutschen Bauarbeiter unter Leitung des Internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes in Genf das Zusammenarbeiten deutscher und französischer Arbeitskräfte am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete organisieren wollen, um dadurch im besonderen die private Bereicherung kapitalistischer Kreise der beteiligten Länder auf Kosten der notleidenden Völker auszuschalten.

Die auf der Konferenz vertretenen Parteien verpflichten sich, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Schaffung großzügiger Wiederaufbaupläne im Wege stehen.

Damit der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sich mit der notwendigen Schnelligkeit vollzieht, muß ein gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Geldleistungen angewendet werden.

Die von Deutschland zu vollziehenden Leistungen sind auf Reparation anzurechnen.

Die sachlichen Leistungen sind unter Mitwirkung der Gewerkschaften daraufhin zu prüfen, daß sie weder der Arbeiterschaft des liefernden noch des nehmenden Landes zum Nachteil gereichen.

Ferner wird ausgesprochen, daß die deutsche Regierung sich bereit erklären soll, ein festes Minimum an Jahresraten zu bezahlen, das der Prosperität des Landes angepaßt wird. Diese gleitende Skala sollte nicht allein die Ausfuhrziffern, sondern — in derselben Weise wie gewöhnliche Steuern — die Höhe des Nationalvermögens und Einkommens berücksichtigen.

Die entstehenden Streitfragen sollen einer Sachverständigenkommission zur Entscheidung überwiesen werden. Es wird dann die Hilfe des Völkerbundes angerufen. Immerhin will man sich nicht ganz auf ihn verlassen, sondern erklärt das Proletariat für berufen, durch seine Klassenorganisationen die Lösung dieser Aufgaben in die Hand zu nehmen. Wir sind neugierig, wie das J. B. die belgische sozialistische Partei, die an einer nationalistischen Regierung teilnimmt, wohl machen wird.

Französische Arbeitervertreter waren bei der Zweiten Internationale überhaupt nicht vertreten. Teilgenommen soll der französische Abgeordnete Kozler haben, einer der sogenannten „Dissidenten“, die wegen ihres extremen Nationalismus aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen wurden. Die Gruppe hatte entgegen dem Parteibeschluß für den Verfall der Friedensverträge gestimmt ...

Die Errichtung der Zoll-Linie

E. C. Paris, 2. April.

Der gestern von der Volkshastkonferenz eingesehete Ausschuh zur Beratung der Frage der Errichtung der Zolllinie im Rheinlande hat seine Arbeiten beendet und die Volkshastkonferenz dürfte bereits heute vormittag in der Lage sein, ihre endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Einwendungen der englischen Regierung betrafen besonders die große Zahl der interalliierten Beamten, die der französische Plan vorsah. Auch wandte sich England gegen die Tarife, die zur Anwendung kommen sollten. Der Ausschuh

hat nun beschlossen, daß die Zahl der in Aussicht genommenen interalliierten Zollbeamten wesentlich verringert werden soll. Sie sollen nur die Aufgabe haben, die Tätigkeit der deutschen Zollbeamten zu überwachen. Hinsichtlich der Tariffage wurde festgestellt, daß für die Ausfuhr aus dem Rheinlande nach Deutschland nur eine statistische Abgabe erhoben werden soll, um den rheinischen Erzeugnissen in Deutschland die weitgehenden Abgabengebiete zu sichern. Dagegen wird die deutsche Einfuhr sehr hoch besteuert werden. In der Uebergangszeit soll der neue Tarif stufenweise durchgeführt werden. Vor dem jedesmaligen Uebergang von einer Staffel zur nächsten muß die interalliierte Rheinlandkommission die Zustimmung der alliierten Regierungen einholen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Zweite Internationale

Entgegen der von gewisser Seite verbreiteten Darstellung, als würden die am 31. März in Amsterdam beginnenden Konferenzen vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der an die 2. Internationale angeschlossenen Parteien in gemeinsamem Einvernehmen und sogar gemeinschaftlich veranstaltet, stellt der Internationale Gewerkschaftsbund fest:

1. daß der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereits am 14. März den Beschluß gefaßt hat, seine Konferenz am 31. März und die folgenden Tage in Amsterdam abzuhalten;
2. daß die 2. Internationale ihren Beschluß in London erst eine gute Woche später faßte;
3. daß der Beschluß des Vorstandes der 2. Internationale erfolgte ohne irgendein vorheriges Einvernehmen mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes noch mit dessen Vorwissen;
4. daß beide Veranstaltungen vollkommen unabhängig voneinander abgehalten werden.

Eine Note Tschitscherins an Frankreich

Paris, 2. April.

Wie dem „Matin“ aus London gemeldet wird, findet ein Frankreich aus Moskau an, Tschitscherin habe der französischen Regierung eine Note gesandt, in der gegen die Zurückhaltung von 25 000 Russen in Frankreich protestiert wird. Die Sowjetnote fügt hinzu, wenn die französische Regierung dem Verlangen der russischen Regierung nicht nachkomme und den russischen Staatsbürgern nicht gestatte, Frankreich zu verlassen, so werde sie die notwendig erscheinenden Maßnahmen ergreifen.

Änderungen in der britischen Regierung

London, 1. April.

Eine lange Liste von Veränderungen im Ministerium ist heute veröffentlicht worden. Die wichtigsten sind: Horne wird zum Finanzminister ernannt, Addison zum Minister des Gesundheitswesens und Kellaway zum Generalpostmeister. Lord Edmund Talbot ist zum Nachfolger von Lord French als erster Botschafter von Irland unter der neuen Regierungsform bestimmt.

Verklebung der Konferenz der deutschen Ernährungsminister. Am 4. April sollte die nächste Konferenz der deutschen Ernährungsminister in Bremen zusammenzutreten. Wie die „Münch. Ansb. Abendztg.“ erfährt, ist die Konferenz infolge der unsicheren politischen Lage auf den 18. April verschoben worden.

Ein ungetreuer Kohlenbeamter. Der frühere bevollmächtigte Leiter der Hanauer Kohlenverteilungskasse, Hauptmann Friedr. Beyer, hatte sich wegen Untreue und Unterschlagung vor der Strafkammer zu verantworten. Beyer war die Holzverteilung an die Holzhändler und Einziehung der Beiträge überlassen. Er hat 93 000 Mark unterschlagen und für sich verwendet. Das Urteil lautete auf zwei Jahre und zwei Monate Gefängnis.

Hungersnot in China. Nach einer Haasmeldung aus Peking fordert die Hungersnot in Honan, Schenji und Tschili schreckliche Opfer.

Die Volks-Musikschule

Von Professor Leo Reitenberg

In den nächsten Tagen erscheint im Verlag C. F. Weyer, Leipzig, ein Buch des berühmten Kulturhistorikers „Musik-Entstehung und Musikpflege“ (160 Seiten, 12 B.), das aus einer Denkschrift hervorgegangen ist, die Reitenberg als Kulturforscher des Reichlichen Kulturreichs verfaßt hat. Auf der breiten und produktiven Grundlage seiner sozialistischen Weltanschauung hat er einen großen Plan von Erneuerungen geschaffen, die unter Aufsicht von den Rinderleibern der Volksmusik die zur Organisation der Staatoper umfassen und unter ganz Volkskultur zu verwandeln beabsichtigen. Jeder Einzelne kann man verschiedene Meinungen sein. Das Ganze ist etwas Neues und Fruchtbares, schon weil es nur die gegebenen gesellschaftlichen Zustände voraussetzt. Sollten wir nur mehr solcher Männer, die unter Leben schon heute mit sozialistischem Inhalt zu allen vertriehen! Anderen Gemeindefeststellungen ist es nicht das Buch zahlreiche wichtige Aufgaben. Ihnen sei das Studium des Wertes daher zur Pflicht gemacht.

Wer einmal durch die Klassen unserer Volks- und höheren Schulen geht, findet überall musikalisch Begabte, die spielend lernen, was andere sich mühsam erarbeiten müssen. In den höheren Schulen wird ein Talent meist rechtzeitig erkannt und durch die Eltern gefördert; in Volksschulen dagegen können sich Begabungen nicht entfalten, weil es in der Regel an Mitteln fehlt, um ein ernstes Studium zu bezahen. Und soll wirklich das Kind Musikunterricht bekommen, so stehen die Eltern ratlos vor der Wahl des Konservatoriums oder der musikalischen Winkelschule, zu der dieser oder jener der Bekannten rat. Oft fällt das Kind als Spezulationsobjekt in unrechte Hände und spielt Cassenhauer und Couplets in Ensembleklassen mit 20 Mitschülern, bis jedes feinere Empfinden erschlagen ist. Ueber diese unhaltbaren Zustände, die ein Grundhaben unserer gesamten musikalischen Jugendbildung sind, ist bereits gesprochen worden. Hier muß der Hinweis auf das gewaltig angeschwollene Pseudertum und auf seine Gefahren für Zukunft und Kultur unserer Musik genügen. Denn daß die Kunst nicht nur eine Auslese von Begabungen braucht, sondern mehr und dringender noch eine breite und empfangliche Menge, die die Musik um des inneren Gewinns willen liebt und ausübt, das hat die Musikliteratur und -literatur des 15. und 16. Jahrhunderts mit ihren vielen Chören und Chormerzen und mit der Teilnahme aller Stände des Volkes an der Musikpflege zur Genüge bewiesen. Auch die neuere Musikgeschichte zeigt immer wieder die Bedeutung der Musik-Empfänglichen oder der „Liebhaber“, wie man früher sagte, für Entwicklung und Steigerung des Musiklebens wie der künstlerischen Produktivität. Ohne den breiten und tiefen Grundbau einer Musikübung und -pflege des Volkes kann die höhere Tonkunst ebensowenig gedeihen wie die künstlerische Kultur.

Eine der wichtigsten Aufgaben wird es sein, die ersten entscheidenden Schritte einzuleiten, um Städte und Gemeinden auf die Wichtigkeit und Bedeutung von Volksmusikschulen hinzuweisen. Es sind auch schon von verschiedenen Seiten, besonders vom „Musikpädagogischen Verband“, Anregungen gegeben, die von Einzelstufen oder allgemeinen Betrachtungen ausgehen und eine Organisation des Musikunterrichtes unter staatlicher oder städtischer Aufsicht vorschlagen. Diese Vorschläge überschätzen ohne Zweifel die Kraft der wirtschaftlichen und politischen Leistungsfähigkeit des Staates. Wohl aber ist zu erwarten, daß Staat oder Stadt grundlegende Maßnahmen treffen, daß sie beraten und helfen und durch ihre Organisation des Musikwesens die Aufsicht und Begutachtung übernehmen.

Zunächst wird es sich darum handeln, die geplante Einrichtung von Volksmusikschulen mit Unterstützung der Gemeinden in die Wege zu leiten. Diese Musikschulen sollten Unternehmungen der Gemeinden sein. Sollten sich finanzielle Schwierigkeiten bei ihrer Gründung ergeben, so müßten die Musikschulen im Notfalle mit Hilfe des Staates unterstützt werden, keineswegs dürfen sie aber zu Geschäftsanternehmungen werden. Doch sie sich möglichst selbst erhalten, ist bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage von Staat und Gemeinde Vorbedingung für ihre Einrichtung. Von den Schülern ist ein Beitrag zu erheben, der jedoch nicht auf Gewinn ausgehen darf. Freistellen werden grundsätzlich für Begabte und wenig Bemittelte zu schaffen sein. Staat oder Stadt hätten in Verbindung mit den Fachverbänden die Sicherheit für die künstlerische Eignung der Lehrenden und die Aufsicht über die Schule besonders in künstlerischen, pädagogischen und ideellen Fragen wahrzunehmen.

In die Volksmusikschule werden nur Schüler aufgenommen, deren musikalische Eignung durch eine Prüfung festgestellt ist. Der Unterricht dürfte nur von Lehrkräften erteilt werden, die ihre Befähigung durch das staatliche Examen nachgewiesen haben. An dieser Stelle mag der Grundfah genügen, daß der Unterricht den Charakter pädagogischer und künstlerischer Zuverlässigkeit in sich trägt.

Die Schulzeit sollte mindestens 3 Jahre dauern, müßte aber solange verlängert werden können, bis der Schüler eine gewisse künstlerische Befriedigung gefunden hat. Er soll eingeführt werden in Geist und Kraft der musikalischen Kunst, in ein Erleben, Mitempfinden und Verstehen der Musik, in ein produktives Mitarbeiten beim Singen, Spielen oder Hören von Musikstücken. Es hieße Sinn und Ziel der Schule verkennen, wenn hierbei an die Ausbildung zum Berufsmusiker gedacht werden würde. Die Literatur ist unter besonderer Aufsicht auf die persönliche Einstellung und Eignung des Schülers auszuwählen. Die Volksmusikschulen dürfen nicht ausschließlich auf öffentliche Vorführun-

gen von Leistungen und Erfolgen hinarbeiten, sie müssen ihr Ziel in der Ausbildung und möglichen Vervollkommnung des Erziehbaren suchen, müssen anregen und fördern, sich aber auch zu begnügen wissen. Es soll nicht ein neues Musikproletariat oder Halbproletariat gezeugt werden. Wer in der Volksmusikschule das Durchschnittsziel erreicht, wird leichtere Stücke für sich spielen und singen und vielleicht auch Kammermusik treiben können. Aber zu einer Konkurrenz für den Berufsmusiker wird der Schüler, der nur in der Volksmusikschule erzogen ist, nie werden, nie werden können. Denn die Leistungen der Berufsmusiker werden nach Einführung staatlicher Prüfungen immer mehr steigen, so daß der Schüler der Volksmusikschule nicht mit ihnen in Wettbewerb treten kann. Eine Störung des beruflichen Musiklebens ist von dieser Seite nicht zu befürchten, eher werden gerade durch die von der Volksmusikschule vermittelte musikalische Allgemeinbildung der Jubrand und das Interesse für Konzerte und Musikveranstaltungen erheblich wachsen, und die öffentliche Musikpflege wird um viele musikalisch Interessierte und Empfangliche reicher sein. Auch eine Schädigung der Privatmusiklehrer und Privatinstanzen ist durch die Volksmusikschule nicht zu befürchten, da die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Volksmusikschule wesentlich andere sind als für die Privatinstanzen. Es gilt, für die Volksmusikschule jene Volksteile zu gewinnen, die bislang von einem diegenen Musikunterricht so gut wie ganz ausgeschlossen waren.

Die Volksmusikschule läßt sich in verschiedenen Formen einrichten. Am nächsten liegt der Aufbau einer Sing- und Musikschule. Hier werden die stimmbegabten, singtunigen Schüler aufgenommen, die ihre Schallkenntnisse erweitern wollen. Der Unterricht wird sich vorerst an den Lehrplan der Schule halten müssen, um Vergessenes nachzuholen oder überhaupt die Grundelemente zu sichern. Anschließend würden Bombastfängen, Sozialisation, Tonverteilungsversuchen, Phrasierung, Dynamik und die engere Vortragstechnik behandelt werden. Das Schwergewicht rückt dabei auf das Schöpfen, auf ein Beherrsigen aller ausdrucksstehenden Hilfsmittel. Einzelfied und Chorlingen sind ein Teil des Unterrichts, wobei naturgemäß dem musikalischen Verstehen und Deuten, dem Erfassen des musikalischen Affekts nach wie vor weiter Raum zu lassen ist. Mit der Erziehung müssen theoretische wie musikalisch-praktische Unterweisung Hand in Hand gehen, damit jeder Einseitigkeit vorgebeugt ist. Die Literatur ist nach methodischen Grundfängen unter Verwendung der neueren Musik zu verwenden. Der Chor kann zu Feiertagszeiten und Aufführungen der Schule und Stadtgemeinde herangezogen werden. Im einzelnen läßt sich der Lehrplan nicht aufzählen, doch bietet der vorbildliche Organisations- und Lehrplan der Augsburger Sing- und Musikschule ein Beispiel dafür, wie sich die gesungliche und musikalische Entwicklung gestalten ließe. In diesen Einrichtungen wachsen die Mitglieder der zukünftigen Volks-Chöre heran.

Gute Zeiten für Lügner

Die Vorgänge in Mitteldeutschland sind von der bürgerlichen Presse in sensationeller Weise entstellt worden. Von einer „großen Aufstandsbewegung“ konnte von Anfang an keine Rede sein, und auch jetzt noch, wo das Feuer erloschen ist, sieht die bürgerliche Presse ihre Sensationsmacherei im großen Stile fort. Zeilenreiche Schmöks, die während des Krieges nicht auf ihre Kosten gekommen sind, üben sich im Fabulieren. Sie sehen meistens nichts von dem, was vorgeht, horchen vielmehr mit langgespißten Ohren dritte Personen aus und geben jedes aufgefangene Gerücht als positive Tatsache an ihre Blätter weiter.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt der reaktionären Presse nahezu den Rang ab in bezug auf entstellte Berichterstattung. Das Blatt berichtet heute früh u. a., daß in Sangerhausen der angebliche Hölz „gegen die verhafteten Geiseln in bestialischer Weise vorgegangen sei“. Kein Wort davon ist wahr. In Sangerhausen sind die Geiseln nicht mißhandelt, sondern auf freien Fuß gesetzt worden.

Hinter der ganzen sensationellen Berichterstattung steckt aber System, das einesteils von den reaktionären Führern der Schupo genährt wird, die sich durch „Helidentaten berühmt“ machen möchten, andererseits hat auch die Reaktion ein starkes Interesse daran, die Situation ernstler darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist. Sie möchte allzu gern die Reichswehr in Aktion treten lassen, damit der Luftsturz zur Militärdiktatur gegeben werde. Zu diesem Zweck werden die Nachrichten nicht nur tendenziös entstellt, sie werden direkt von einer Fälscherzentrale aus den Fingern gesogen. Als Beweis dafür, wie gelogen wird, wollen wir folgende Wolff-Meldung anführen:

Halle, 31. März.

Im Mansfelder Aufrührergebiet herrscht im allgemeinen Ruhe. Der Bahnhof in Köthen wurde von den Kommunisten gesprengt. Bedra wird von Banden unsicher gemacht. Keinem wurde gestern von Kommunisten beschuldigt. Der Pfarrer und der Bürgermeister zur Eröffnung von einer Million Mark Vorsegeld festgenommen. Der Ort wurde zum Teil geplündert. Im Bezirk Merseburg wurde die Arbeit eingestellt. Bewaffnete Banden üben Terror aus. Ein Personenzug nach Leipzig wurde beschossen und der Personenverkehr lahmgelegt.

An dieser Meldung ist kein Wort wahr. In Arttern ist kein einziger Schuß gefallen, kein Haus ist geplündert worden, weder der Bürgermeister noch der Pfarrer wurden als Geiseln festgesetzt. Der Putz ist überhaupt nicht bis in jene Gegend vorgekommen, es herrscht in dem Ort der tiefste Friede. Auch die Telegraphen-Union läßt im Dienste der Reaktion. Sie meldet, daß in Mitteldeutschland eine Verschärfung der Lage eingetreten sei. Das Gegenteil ist wahr. Die ganze kommunistische Aufstandsbewegung hatte in Mitteldeutschland nie festen Boden gefaßt. Die Arbeiter haben sich in überwältigender Mehrheit gegen die kommunistische Wache erklärt. Ein geringer Bruchteil, der im Anfang mitmachte, weil er glaubte, im Dienste einer politischen Idee zu stehen, hat sich mit Abscheu und Ekel sehr schnell von der Bewegung zurückgezogen, nachdem er Augenzeuge jenes wahnstinnigen Treibens einer Gruppe von pathologischen Narren geworden war. Es ist also auch unwahr, wenn von kommunistischer Seite behauptet wird, die Vorhut des Proletariats befände sich in Mitteldeutschland mit der bewaffneten Macht im Kampf. Eine Vorhut hat in Mitteldeutschland überhaupt nicht gefaßt, die „Vorhut“ hat vielmehr geraubt, geplündert und Dynamitattentate ausgeführt, sich aus dem Staube gemacht, wenn es gefährlich wurde, und hat die eigentlichen Kämpfe mit der militärischen Macht der Nachhut überlassen, also demjenigen Teil der Arbeiter, der ortsansässig war und sich von herumstreifenden Banden mißbrauchen ließ.

Zu einem Eingreifen der Reichswehr liegt absolut kein Anlaß vor. Die Reichswehr würde vielmehr durch ihr Eingreifen erst jenes Chaos hervorzurufen, das bisher vermieden worden ist. Der mitteldeutsche Putz hat neben der Entladung der kommunistischen Führerschaft auch den Nachweis erbracht,

daß die Reichswehr ein völlig überflüssiges Instrument ist. Überall ging es besser ohne sie, schlecht wird es erst, wenn sie eingreift.

Die letzten Zuckungen

Im Laufe des gestrigen Tages haben im nördlichen und nordwestlichen Gebiet von Halle noch vereinzelte Zusammenstöße mit bewaffneten Banden stattgefunden. Es muß hervorgehoben werden, daß diese Banden mit irgendeiner politischen Bewegung nichts zu tun haben. Es handelt sich um ganz gewöhnliche Räuberaktionen, wobei sich die Anführer meistens von Motiven zu Gunsten ihres eigenen persönlichen Vorteils leiten lassen. Auch die Vorgänge im Kreise Liebenwerda sind von keiner nennenswerten Bedeutung. Die von der Reichswehr angekündigte großartige Gegenaktion wird ein Luftsitz werden, da der kommunistische Putz in dem rein ländlichen Bezirk noch weniger Resonanzboden gefunden hat als in Eisenach und Mansfeld.

Gestrichelt wird in ganz Mitteldeutschland so gut wie gar nicht mehr. Bei Beesenstedt hat die Schupo gestern eine Bande gestiftet, die vorher die Gegend von Wettin, Könnern, Nauendorf und Löbejün unsicher gemacht hatte. Die Bande soll dabei 18 Tote und eine größere Anzahl Vermundete verloren und Waffen und Munition eingeküßt haben. Einige größere Güter wurden gebrandschatzt, an verschiedenen Orten wurden öffentliche Kassen beraubt.

Das sozialistische Proletariat muß von diesen Banden weit abrücken. Die Bewegung hat mit Sozialismus nicht das mindeste zu tun. Den Führern kann höchstens zugute gehalten werden, daß sie unter pathologischen Einwirkungen stehen. Zu bedauern sind nur die Arbeiter, die tatsächlich glaubten, im Dienste einer politischen Idee zu handeln und die dann jedesmal, wenn es ernst wurde, von den sogenannten Führern schmachlich im Stich gelassen wurden.

Auf der linken Rheinseite im besetzten Gebiet haben sich gestern auf einzelnen Zügen neue Unruhen zugegetragen. Magazine sollen geplündert worden sein, bei einer Schießerzwei wurde ein Mann getötet und mehrere verwundet.

In Dresden kam es Freitagabend am Ring zu kleineren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Sicherheitspolizei. Es wurden Schreckschüsse abgegeben, worauf die Menge auseinanderstob. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden.

In München hat die Polizei einen Studenten namens Hans Gustav Schiff aus Berlin verhaftet, der den Generalstreikaufruf der Kommunisten in München angefertigt haben soll.

Der Zusammenbruch der KPD im rheinisch-westfälischen Gebiet

Mit viel Tamtam und geheimnisvollem Getöse leiteten die Kommunisten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die längst versprochene Aktion ein. Die Parole der Zentrale von Berlin zum allgemeinen Generalstreik wurde am Karfreitag im Bezirk bekannt. Fleißhaft arbeiteten die Kommunisten während der beiden Tage vor Ostern, um den Generalstreik für den Dienstag durchzuführen.

Stimmung war in keinem Ort für die Parole der Kommunisten vorhanden. Die Revolutionäre verlagerten die Revolution vom Sonnabend bis nach den Osterfeiertagen, da sollten dann die Betriebe besetzt werden und der Generalstreik zur Durchführung kommen.

Inzwischen kam es in Essen, Dortmund und bei Elberfeld-Barmen während der Feiertage bereits zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Es tauchten in diesen Orten die bekannten Wasserförmigen Gestalten auf, und der erste Erfolg in den besetzten Orten Reitmänn und Godelsberg war, daß man die Post und die Banken auf Geld revidierte und daselbe „abholte“. Diese Nachrichten schreckten alle anständigen Elemente in den übrigen Orten ab, so daß am Dienstagmorgen mit wenigen Ausnahmen in allen Städten und Orten die Betriebe voll arbeiteten. Trotz Plakaten und Flugblätter und Versammlungsworten fürwahr ein kläglicher Erfolg. Ein vollständiger Zusammenbruch ist es, wenn eine große Partei eine Parole ausgibt, die nicht einmal vom zehnten Teil der eigenen Mitglieder durchgeführt wurde.

Wesenlich breiter wird die Instrumentalschule einzurichten sein.

Die Instrumentalschule einzurichten sein. Sie führt in die Instrumentenlehre und instrumentale Technik ein und gibt Anleitungen zum Musizieren im Zusammenhang mit Gesang und gymnastischer Rhythmik. Was die Volksschule ihrer Aufgabe gewachsen, so ergeben sich die Beziehungen des Volkes zum Instrumentalen von selbst, denn der Gesang ist heute so wie früher das Vorbild instrumentalen Musizierens. Geige und Klavier werden wohl noch lange bevorzugt bleiben. Es liegt aber im Interesse unserer musikalischen Kultur, daß wir von dieser Enge der Musikbetätigung wieder zu einer Bereicherung des häuslichen und gesellschaftlichen Instrumentariums kommen. Holzblasinstrumente, Trompete und Horn müssen wieder geübt und als Soloinstrumente behandelt, überhaupt das landläufige Klavierspiel zurückgedrängt werden. Damit soll der esoterische und praktische Wert des Klavierspiels nicht herabgesetzt werden. Doch werden durch die Einführung von weniger gebräuchlichen Instrumenten in den allgemeinen Unterricht die Möglichkeiten zu kleinen Hauskonzerten, zum Orchester- und Ensemblespiel vermehrt, denn ohne diese Mittel ist an eine Erweiterung der modernen Hausmusik und ihrer Literatur und an eine Belebung der Liebhaber- und Vereinskonzerte nicht zu denken.

Ist das Wesen der Instrumentalmusik klargelegt und verstanden, so wird die technische Ausbildung im Zusammenhang mit den notwendigen musikalischen Kenntnissen in Angriff zu nehmen sein. Als leitender Grundsatz gilt: nicht zu einem Mechanisieren, sondern zu einer Lebendigmachung der Erfordernisse der Ausbildung zu gelangen, denn nicht die Fertigkeit allein, sondern nur die geistig beherrschte Übung führt zur Entladung der Anlagen.

Auf einer mittleren Stufe werden die Schüler zu Ensembleklassen vereint. Man kann Streichquartette aufstellen, Bläser-Ensembles, auch volle Orchester, wenn die Schüler zur Erlernung von Musikinstrumenten angehalten werden. Dessenartige Aufführungen werden das Studium beleben und zu weiteren Leistungen anregen.

Eine dritte Form der Volksmusikschule ist die rhythmisch-gymnastische Schule. Während Gesang und Instrumentenspiel der rein musikalischen Betätigung gewidmet sind, so wird in dieser Schulform das rhythmische Element in seiner Verbindung mit Ton und Bewegung gepflegt. Das führt mehr zu einer betrachtenden Art der Musik und ihrer Elemente, soweit es sich um den einführenden Unterricht handelt. Man wird sich da zunächst mit den Problemen von Klang und Rhythmik beschäftigen müssen und aufsteigen bis zur Analyse von Tonständen nach Form, Inhalt und Ausfertigung, oder -betonung. Daneben werden Dynamik und Agogik, Gehörbildung und rhythmische wie musikalische Polyphonie gelehrt. Die Gymnastik kann im Anschluß an die Methode von Georges Dalcroze mit den erforderlichen Modifikationen in besonderen Stunden gepflegt werden wobei die Zöglinge bis zu Tanzen

spielen und improvisierten Darstellungen gehörter Rhythmen gelangen.

Die Kurse regen zum Erleben der Musik auf dem Wege der musikalisch-plastischen Rhythmik an. Denn für Musik ist nicht nur die eigene Betätigung durch Spielen oder Singen wichtig, sondern ebenso die Belebung des inneren Empfindens und Mitfühlens wie die Sicherheit im Hören und Erfassen von musikalischen Vorgängen. Dieser Ziel ist nur durch einen systematischen Lehrgang zu erreichen.

Der hier kurz skizzierte Plan einer Volksmusikschule wird sich ohne Schwierigkeiten an großen Blühen mit Hilfe der Gemeinden und unter Mithilfe des Staates verwirklichen lassen. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse können aber auch in kleinen Städten, selbst in größeren Dörfern, solche Volksmusikschulen ins Leben treten. An Schülermaterial fehlt es nicht. Doch müßte die Leitung und Ausgestaltung der Musikschulen nur tüchtigen Lehrern und Künstlern übertragen werden, und es wäre dafür zu sorgen, daß die Lehrkräfte nach einheitlichen Grundsätzen arbeiten, über die sich die Leiter der Schulen in gemeinschaftlichen Konferenzen verständigen können. Für die Zukunft unserer Musik und Kultur sind Volksmusikschulen dringende Notwendigkeit. Eine Ausbildung, wie sie in diesem Entwurf angedeutet wird, würde unsere musikalische Jugendzucht fördern und die besten Kräfte zu produktiver Arbeit vereinen.

Die Volkshochschule Thüringen veranstaltet auch in diesem Jahre wieder einige interessante Unterhaltungen. So wird in der Pfingstwoche in Lauscha, dem Mittelpunkt der thüringischen Heimindustrie, eine volkswirtschaftliche Woche stattfinden, an der vor allem Schüler und Schülerinnen der thüringischen Volkshochschule teilnehmen sollen. Eine ähnliche Woche, die in den Geist Alt-Weimars einführen soll, ist für Ende August in Tiefurt bei Weimar geplant. Außer den Arbeitsgemeinschaften, die sich hier zu Unterrichtszwecken vereinigen, sollen auch künstlerische Darbietungen in ganz schlichter Form zu sehr wohlfeilen Preisen im Programm dieser Veranstaltungen stehen.

Tages-Notizen

Veranstaltungen der U.S.S.R. Dritter Direkt. Sonntag, vorm. 9 Uhr, Führung durch die russische Galerie im Kronprinzen-Palast. Teilnehmern 1 W. beim Schauspieler, Tempelhofstr. 10, und beim Genossen Müller, Arbeiter, 123.

Vorlesungen in der Volkshochschule. Sonntag, vorm. 10 Uhr, findet in der Rühlischen Volkshochschule, Rühlstr. 35, die zweite Vorlesung statt. Zum Vortrag gelangen Vorträge von Eberlein, Stern, Wögel und Eintritt frei.

Schauspieltage. Deutsches Theater. Dienstag: „Mensch“ von Wagner. — Neues Volkstheater. Freitag: „Die Verurteilten“ von Hauptmann. — Volkstheater. Samstag: „Anique“ von Godeffroy.

Musikabende. Sonntag: bei Paul Cilliers bei geladener musikalischer und graphischer Ausstattung von Edward Wachs in „Sturm“ Eröffnung der Ausstellung von Kurt G. Schiller (Vorbilder, „Goldungen“ und „Kleinste“).

Aus Godelsberg berichten die Zeitungen, daß es dort zu Kämpfen gekommen sei. Das ist falsch. Ein halbes Dutzend Leute hatte am Vormittag, den 29. März, den Bahnhof besetzt und hielt die Rüge an. Nachdem Post und Bank um mehrere Hunderttausend Mark erleichtert waren, wurde aus Nachbarorten Polizei herbeigerufen und die Kommunistenherzhaft war nach sechsstündiger Dauer für Godelsberg erledigt. 28 Tote wird in den Schauerberichten erzählt, habe es gegeben. Kein einziger Schuß wurde in Wirklichkeit abgegeben. Bei der Flucht warfen die Pfänderer Hunderttausende Mark weg, so daß der Schaben nicht gar so groß sein dürfte.

Das traurigste bei der ganzen Komödie ist es, daß die Behörden in allen Orten nach den Organisatoren suchen, und daß bereits in einer ganzen Reihe von Orten Verhaftungen in großer Anzahl vorgenommen worden sind. Wer die Justiz und den Einfluß der Reaktion kennt, weiß, was den armen Teufeln blüht. Einen Erfolg freilich können die Kommunisten bereits buchen. Zu vielen Dutzenden haben Anhänger der KPD, die aus reinem Idealismus sich der Bewegung angeschlossen hatten, ihre Mitgliedsbücher abgegeben und erklären, mit solchen Büchern nichts zu tun haben zu wollen. Es bestätigt sich eben, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei von Anfang an im Recht war, als sie davor warnte, die 21 Bedingungen so leicht zu nehmen. Auf Befehl läßt sich keine Revolution machen. Das Verlangen der Parole der KPD, in ganz Deutschland ist dafür der schlagendste Beweis.

Ruhe in Düsseldorf

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Düsseldorf, 2. April.

Von der kommunistischen Putz- und Streikbewegung ist in Düsseldorf nichts mehr zu spüren. Die Besatzungsbehörde hat mehrere Personen aus Düsseldorf in das besetzte Gebiet ausgewiesen, die in der nationalsozialistischen Stahlhelmbewegung eine Rolle spielten. Zu den Ausgewiesenen gehört auch der Polizeikommissar Gauer, der frühere langjährige Leiter der politischen Abteilung der Düsseldorfer Polizei. In dieser Eigenschaft hat er die sozialistische Arbeiterbewegung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft. Er hat diese Tätigkeit auch in den letzten Jahren weiter ausgeübt, obwohl die politische Polizei durch die Revolution befristet sein sollte. Beim Kapp-Putsch war Gauer einer der eifrigsten Kappisten.

Die von bürgerlichen Blättern mitgeteilte „separatistische Erhebung“ in März scheint nichts anderes als ein geschmackloser Aprilscherz zu sein.

Reaktionäre Provokation

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 2. April 1921.

Die Münchener Polizei fährt in provokatorischer Absicht fort, Kommunisten zu verhaften, trotzdem in München nicht der geringste Anlaß dazu besteht. Während einer Versammlung des Republikanischen Reichsbundes, bei der in der Diskussion Redner der drei sozialistischen Parteien sprachen, darunter auch ein rechtssozialistischer Reichstagsabgeordneter, wurde durch einen reaktionären Provokateur vor dem Eingang des Versammlungsorts eine Handgranate zur Explosion gebracht. Es wurde niemand verletzt, nur Sachschaden angerichtet. Die Orgelpresse verjagt den Ansehens zu erwecken, als handle es sich um einen kommunistischen Anschlag. Die Polizei meldet, wie bei solchen Vorgängen immer, daß der Vorgang nicht festgestellt werden könne, trotzdem während der Versammlung 12 Polizisten anwesend waren, und den Vorgang ohne weiteres hätten feststellen können.

Wie sie toben

Blut muß fließen

Die reaktionäre Presse ist täglich voll mit Heftartikeln gegen die Arbeiterbewegung, für die die kommunistischen Putzsch den Vorwand abgeben. Diese Hefte überrascht zwar nicht, aber zur Kennzeichnung des politischen Wibes der reaktionären Kreise und ihrer politischen Mittel ist es doch notwendig, besonders markante Merkmale politischer Brutalität weiter zu verbreiten. In der „Deutschen Zeitung“ Maurenbrechers schreibt der „Angriff“ Landrat von Herzberg folgendes:

„So müssen wir unsern äußeren Feinden gegenüber denken für den inneren Feind aber gilt das Wort: Die Obrigkeit trägt das Schwert nicht umsonst! Verbrecher am deutschen Volke verdienen nicht die christliche Kugel, verdienen nicht das Schwert, sondern allein den Strick! Wir wollen nichts mehr hören von Nachgeben, von Verhändeln, wie es der Oberpräsident Herzog tut. Wir verlangen Härte und rücksichtsloses Eingreifen, selbst wenn dabei milleitetes deutsches Blut fließt; denn wir wissen, daß um so weniger deutsches Blut fließt, je härter die Nachmittel sofort eingesetzt werden.“

Handelt sich Ebert nicht ganz im Sinne dieser Forderungen, wenn er Sondergerichte mit sorgfältig präparierter Belegung vorbereitet, um die „Verbrecher am deutschen Volke“ dem Strick auszuliefern?

Eine andere bürgerliche Pressestimme zur gegenwärtigen Situation ist interessant, weil sie Seltenheitswert besitzt. Sie steht in der „Berliner Volkszeitung“ und ihr Verfasser zeichnet sich dadurch aus, daß er bei allem Jörn gegen die kommunistischen Putzschisten auch nicht die reaktionäre Gefahr übersieht. Er findet, daß die rechtsradikalen Antisemiten und die linksradikalen Moskauanhänger einander nichts nachgeben und besetzt diese Auffassung mit der Tatsache, daß ein geheimer Antisemitenbund in Breslau bereits damit begonnen hat, in der Dessenlichkeit hervorretende Juden zwar nicht zu töten, aber zu verprügeln. Auch die Keuchung des Herrn Landrats zeigt, wie richtig die Leiter Demokratie die Reaktionäre einschätzt. Er meint, der Wahnsinn beider Bewegungen müsse aufs schärfste bekämpft werden, aber er fügt hinzu:

„Ich halte die Gefahr einer Pogromwelle in Breslau für größer als die kommunistische; denn dieser steht die Arbeiterchaft unbedingt ablehnend gegenüber, jener aber an beiden die gesamte reaktionäre Studentenschaft, die Bismarckhändler und Schup- und Truppenthändler vor.“

Dem ist nur hinzuzufügen, daß die gesamte reaktionäre Studentenschaft und gleichwertiges Gesindel ihre reaktionären Bestrebungen ganz ungehindert zum Teil sogar unter Billigung der Behörden betreiben, während die Kommunisten außerhalb der Gesetze gestellt werden sollen.

Italienisch-slowakisches Wirtschaftsabkommen. Nach einer Stefanimeldung wurden das Wirtschaftsabkommen zwischen Italien und der Tschecho-Slowakei sowie Vereinbarungen über juristische und finanzielle Fragen bezüglich der Staatsangehörigen beider Länder abgeschlossen. Auch ein bis zum 31. Dezember 1925 gültiger Handelsvertrag wurde unterzeichnet, der die Reichsbegünstigungsklausel enthält. Ein weiteres Abkommen regelt Verträge gegen die zurzeit in Kraft befindlichen Ein- und Ausfuhrverträge. In Triest wird ein tschecho-slowakisches Zollbureau eingerichtet werden.

Groß-Berlin

Deutschnationale Propaganda auf Streichholzschachteln!

Jüngst kaufte ich mir eine Schachtel Streichhölzer. Ich hatte schon lange nicht mehr auf die Etikette geachtet, da ich oftmals vergeblich versucht hatte, den Text mit den schwedischen Worten zu einer Erweiterung meiner Sprachkenntnisse zu benutzen. Aber jetzt kann man — sicher dank der Rührigkeit der Deutschnationalen — die Etiketten der Streichholzschachteln zur Erweiterung seiner politischen Kenntnisse benutzen!

Die Schachtel, die ich mir kaufte, trägt ein Bildchen mit einem staßbehelinten Reichsarbeitskämpfer und einem Arbeiter, die sich die Hand reichen. Darunter steht: Durch Arbeit zum Sieg! Durch Sieg zum Frieden!

Also scheint dieses Bild doch noch aus der Kriegszeit zu stammen. Es wird aber jetzt verbreitet mit noch anderen Bildchen auf anderen Streichholzschachteln, auf denen Friedrich der Große und ähnliche, schon zur Preußenwahl von den Deutschnationalen glorierte Symbole zu sehen sind.

Demnach sind also die Streichholzschachteln das neueste Propagandagebiet der Deutschnationalen!

Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung?

Auf Veranlassung des Oberbürgermeisters fand eine Besprechung der Fraktionsvorsitze statt, in der von einem Schreiben des Oberpräsidenten Mitteilung gemacht wurde. Darin werden die Maßnahmen erörtert, die zu treffen sind, wenn das Oberverwaltungsgericht die Stadtverordnetenversammlung für ungültig erklärt. Man müsse Vorkehrungen treffen, um die Geschäfte der Stadt Berlin reibungslos weiter erledigen zu können. Von unseren Genossen wurde erklärt, daß wir kein Interesse haben, dem Oberpräsidenten für derartige Absichten die Wege zu ebnen. Es könne ja auf ministerialem Wege verordnet werden, gerade wie es bei der alten Stadtverordnetenversammlung war, die Stadtverordnetenversammlung zu ermächtigen, als kommissarische Vertretung während der Zeit bis zur Neuwahl die Geschäfte zu übernehmen. Bei den neuen Beziehungen und der Ueberweisung, die anscheinend zwischen den Behörden in der Sabotage der Gemeinde Groß-Berlin herrschen, scheint man sich ja schon mit einer Auflösung einverstanden erklärt zu haben.

Reaktionäre Sehnsucht

Nach immer ist die Wohnungsluxussteuer, die die städtischen Körperschaften Berlins beschließen haben, nicht beliebt. Selbstverwaltung haben eben die Gemeinden nur, soweit die Staatsaufsicht nicht etwas anderes wünscht. Und gegenüber der sozialistischen Mehrheit Berlins sind die Behörden noch weit strenger in der Handhabung ihrer Befugnisse als sonst. Nun wird zwar dem Landtag ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Bestimmung im Kommunalabgaben-Gesetz beseitigen will, die den Bureaufkräften den Vorwand zur Nichtgenehmigung der Steuer liefert. Die bedrohten Schichten des Bürgertums, die ihren Wohnungsluxus nicht besteuert haben wollen, stehen deshalb dieser Änderung des Kommunalabgaben-Gesetzes abweisend gegenüber. Auf diesem Wege hoffen sie, verhindern zu können, daß die Gemeinden den ernsthaften Versuch unternehmen, dem Wohnungsluxus zu Leibe zu gehen. Es wird also im Landtag einen harten Kampf geben, bei dem die bürgerlichen Parteien sich ausnahmslos als Gegner der Bekämpfung der Wohnungsnot erweisen werden.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Abends 6 1/2 Uhr in der Arbeiter-Bildungsschule, Breitestr. 8-9, Zusammenkunft aller Groß-Berliner Referenten und in der Landtagitation tätigen Genossen und Genossinnen. Erster Vortrag des Genossen Seger über: Die Entwicklung des Sozialismus (Utopie, Wissenschaft, Praxis), verbunden mit Fragestellung. Die Geschäftsleitung.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 3. April, vormittags 10 Uhr beginnt in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, der Kursus des Genossen Dr. Löwenstein. Erörterung praktischer Schul- und Erziehungsfragen vom sozialistischen Standpunkt aus.

Die juristische Sprechstunde findet werktäglich — mit Ausnahme von Sonnabend — nachmittags von 3-7 Uhr statt.

Neulösn, Brik, Bafow, Radow (14. Verwaltungsbezirk). Entgegen anderslautenden Festlegungen findet die Generalsversammlung der U.S.P. endgültig am Sonntag, vorm. 9 Uhr, in den Stern-Richtspielen, Hermannstr. 50 in Neulösn, statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Vollständiges Erscheinen ist verpflichtend jedes Mitglieds!

Einführung in sechs Bezirksamtern. Gestern abend fand hintereinander in sechs Bezirksamtern die Einführung von gewählten und bestellten Mitgliedern durch den Oberbürgermeister Boeh und Bürgermeister Ritter in der üblichen Weise statt. Um 5 Uhr erschien der Oberbürgermeister Boeh im Ledigenheim auf dem Wedding, wo er von den Stadt- und Bezirksverordneten emp-

fangen wurde. Er gedachte bei der Einführung des Bezirksbürgermeisters Genossen Leid, der großen Aufgaben, die dem Bezirksamt inmitten einer gewaltigen Industriedebloration harrten, die der Vollendung des Westhafens, der Nord-Südbahn u. a. wichtige Anlagen, entgegenstehe und daraus großen Nutzen erwarte. Nach der Verpflichtung des Bürgermeisters durch Handschlag gab der Bürgermeister die Versicherung ab, mit Unterstützung des Magistrats mit den Kollegen zum Wohle des Bezirks an den Aufbau zu gehen. Alsdann erfolgte die Einführung und Verpflichtung der bestellten und unbesetzten Mitglieder. Anschließend fand im 6. Verwaltungsbezirk (Halle'sches Tor) die Einführung statt. Oberbürgermeister Boeh führte nach einer Ansprache den Bürgermeister Dr. Kahle ein, der dann die sämtlichen bestellten und unbesetzten Mitglieder in ihre Ämter nach der Verpflichtung einführte. Gleichzeitig fanden Einführungen in Weihensee, im 8. Bezirk (Friedrichshain) und Wilmersdorf durch Bürgermeister Ritter statt.

Verpflichtungsschwindel mit einer „Höllmaschine“. Gestern nachmittag machte sich in dem Gepäckaufbewahrungsraum des Potsdamer Bahnhofs ein penetranter Geruch bemerkbar, der die Beamten veranlaßte, sich die Gepäckstücke genauer anzusehen. Aus einem großen rechteckigen Karton vernahm man das Lärmen einer Uhr und rief einen Sachverständigen herbei, der das Paket in sachmännischer Weise öffnete und in dem Karton neben anderen wertvollen Dingen eine Menge Papier und zwei große Flaschen mit einer leicht brennenden Flüssigkeit vorfand. Außerdem war in dem Paket eine Höllmaschine enthalten, bestehend aus einer im Gang befindlichen Uhr, die durch Drähte mit einer daran befestigten Flasche verbunden war, die ebenfalls eine leicht explodierende Flüssigkeit enthielt. Dieses Gepäckstück und ein daran hängendes kleineres Paket, die aus Holzlaten roh zusammengeimmert und mit Wappe bekleidet waren, sind von einem Unbekannten am 31. März, nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr am Schalter abgegeben und mit 4000 bzw. 1000 Mark versichert worden. Offenbar hat der Täter in raffinierter Weise damit gerechnet, daß die Maschine explodieren und die Pakete vernichten würde, um dann die Versicherungssumme erheben zu können. Wenn die Explosion eingetreten wäre, so hätte der damit entstehende Brand einen ungeheuren Schaden angerichtet und vielleicht auch Menschenleben in Gefahr gebracht. Man hat diesen teuflischen Anschlag zum Glück rechtzeitig entdeckt und damit namenloses Unglück verhütet.

Schöneberg-Friedenau. Sonntag, den 3. April, vorm. 11 1/2 Uhr, findet für die während des Kapp-Putsches von den Säbelhewerern hingerichteten Arbeiter eine Gedächtnisfeier auf dem Friedhof Blanke Höhe statt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich in den Zahlendlokalen um 10 Uhr. Sammelpunkt und Abmarsch siehe Sonntagszeitung, Organisationsnachrichten.

Führungen durch Berlin und Studi-fahrten in die Mark Brandenburg, verbunden mit kunst- und kulturgeschichtlicher Belehrung, veranstaltet Dr. Hedwig Michaelsen für die Hörer der Humboldt-Hochschule. Einleitungs-vortrag Sonntag, den 10. April, 11 bis 12 Uhr, Genthiner Straße 13 und Dienstag, den 12. April, 7 bis 8 Uhr, Lühnowstraße 84d.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Hiemlich mild, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend neblig oder wolfig, bei schwachen westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Arbeiterport

Freie Turnerschaft Spandau (Sportklub). Die Turnpartei verliert am 2. April gegen Charlottenburg in Folge Ermüdung und Verlegens des Kapitän mit 2:0 (1:0). Am kommenden Sonntag spielen wieder gegen Pankow. Die nächsten Spiele sind am Sonntag, den 10. April, im Sportplatz Spandau, am 16. April im Sportplatz Spandau, am 23. April im Sportplatz Spandau, am 30. April im Sportplatz Spandau.

Gewerkchaftliches

Unparteiischer Vorsitzender

Es ist eine merkwürdige Erscheinung, immer neue, sogenannte „unparteiische Vorsitzende“ tauchen auf dem Schlichtungsausschuss auf und beweisen bei der Fällung von Schiedsprüchen, daß sie, so wollen wir wegen ihrer Unparteilichkeit hoffen, keine Ahnung haben, was ein Schlichtungsausschuss überhaupt da ist, oder aber sie sind ehrlich genug, klar zu erkennen zu geben, daß es nach dem 20. Februar 1921 keine unparteiischen Vorsitzenden mehr gibt.

Wir hatten bisher geglaubt, Schlichtungsausschüsse seien dazu da, Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zu schlichten. Nach einem unter dem Vorhitz des Herrn Amtsgerichtsrats Hansmann verhandelten Beschluß scheinen wir uns jedoch einer Täuschung hingeegeben zu haben. Wir glauben, jeder Kommentar ist überflüssig, wenn wir den Beschluß im Original wiedergeben:

„Der Schlichtungsausschuss lehnt zurzeit eine Verhandlung und Entscheidung ab. Er erkennt an, daß die Gewerkschaften an sich zu ihrem Verlangen nach Tarifverhandlungen berechtigt sind. Andererseits würde es dem Grundsatze der Vertragsfreiheit widersprechen, wenn gegen die nicht zum Abschluß eines Tarifvertrages gewillten Arbeitgeber ein Zwang zu einem solchen Abschluß ausgeübt würde. Nur dann, wenn Streitigkeiten über Löhne oder sonstige Arbeitsverhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber bestehen, ist nach § 20 der Verordnung vom 23. 12. 18

der Schlichtungsausschuss zur Vermittlung und Entscheidung befähigt.“

Im vorliegenden Fall haben die klagenden Gewerkschaften tatsächliche Unterlagen dafür, daß gerade mit den jetzt beklagten Firmen Streitigkeiten über Löhne oder sonstige Arbeitsverhältnisse bestehen, nicht erbracht. Solange derartige Unterlagen fehlen, ist ein Eingreifen des Schlichtungsausschusses nicht anständig. Es muß den Gewerkschaften überlassen bleiben, die klagenden Firmen zu bezeichnen, bei denen solche Streitigkeiten entstanden sind, und ferner weitere Unterlagen dahin beizubringen, um welche Streitigkeiten es sich handelt, und ob der Beschluß gemacht worden ist, sie außerhalb des Schlichtungsverfahrens auf gutlichem Wege zu beilegen.“

Die Angestellten der Kunstdruckbranche, die von diesem Schiedspruch betroffen sind, können daran wieder einmal erkennen, daß sie sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen dürfen, und sich, wollen sie sich bessere Lebensmöglichkeiten erkämpfen, im Zentralverband der Angestellten organisieren müssen. Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Friedhofsarbeiterstreik auch auf dem jüdischen Friedhof

Der Kampf der Berliner Friedhofsarbeiter um ihre Existenzbedingungen und gegen die Unduldsamkeit der Kirchengemeinden zieht immer weitere Kreise, denn seit heute morgen streik auch die etwa 100 Mann starke Belegschaft des jüdischen Hauptfriedhofes in Weihensee im Streik. Ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, den bisherigen Tarif um vorläufig vier Wochen zu verlängern und bis zum 31. März einen neuen Tarifvertrag abzuschließen, wurde vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde in letzter Stunde abgelehnt. Er beharrte darauf, keinesfalls mehr zu zahlen, als die christlichen Kirchengemeinden zu zahlen verpflichtet wären. Da dieser Betrag nun zur Zeit noch nicht feststeht, hat der Vorstand am 1. April ab als Höchstlohn 5,50 M. pro Stunde, also 30 Pfg. weniger wie jetzt gezahlt worden sind, und verlangte außerdem Abbau der Kinderbeihilfen, so daß ein monatlicher Ausfall von 62,40 bis 260 M. entstanden wäre. Dieses verächtliche als „Lohnangleich“ (!) bezeichnete Ansinnen wurde von der Betriebsversammlung gegen 13 Stimmen abgelehnt und der Streik beschlossen. Hinzu kam noch, daß der Vorstand der Jüdischen Gemeinde hinter dem Rücken des Betriebsrates den alten Friedhof an einen christlichen Unternehmer im Alter von 22 1/2 Jahren verpachtet und diesem dabei etwa 8 der ältesten Arbeiter, die schon über 20 Jahre im Dienst der Gemeinde beschäftigt sind, einfach mit übergeben hat, um sie los zu werden. Lebensfalls ist die Arbeiterchaft nicht gewillt, sich alle diese Herausforderungen gefallen zu lassen und überläßt das Urteil über dieses skroffe Vorgehen dem gerechten Empfinden aller übrigen Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, zumal deren Vorstand erst vor kurzem den Beamten eine 20prozentige Gehaltserhöhung zugestimmt hat, während die Arbeiterchaft trotz Erhöhung der Friedhofsgebühren von 100 bis 300 Prozent von ihren Forderungen durch eine in der Luft schwebende Gewinnbeteiligung abgelenkt werden soll.

Dieser Kampf zeigt, daß sich die jüdische Gemeinde an Kleinlicher, Schatzmacherischer Borniertheit, und Gerissenheit den christlichen Gemeinden würdig an die Seite stellen kann.

Tarifabschluß. Nach langwierigen Verhandlungen ist es uns gelungen, für die Angestellten der Schreibmaschinen- und Vervielfältigungs-Bureaus einen Tarifvertrag abzuschließen. Die gehaltlichen Bezüge gelten ab 1. Januar 1921. Nähere Auskunft auf dem Ortsbureau unseres Verbandes, Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe: Papier- und Graphisches Gewerbe.

Steinleger und Pflasterer. Da zum 1. April 1921 unser Tarif gefälligst wurde und wir vor Abschluß eines neuen Lohnverhältnisses stehen, muß jeder Kollege zur Versammlung erscheinen. Künftig finden unsere Monatsversammlungen nicht mehr Sonntags statt, sondern jeden Mittwoch nach dem Ersten, abends 7 Uhr im Zentral-Casino, Brunnenstr. 15d.

Aus den Organisationen

Sonnabend, 2. April

8. Bezirk, Abends 7 Uhr Verhandlung bei Traße, Scheinestr. 18. Es scheinen unbedingt notwendig.

Sonntag, 3. April

16., 17. und 18. März. Die Genossen beteiligen sich an der Feier der Sozialistischen Parteitagung in der Halle des Volkshaus-Sonnabends, Funstr. 18, Sonntag 10 Uhr. Beginn 8 Uhr. Karten an der Kasse.

Schöneberg-Friedenau. Form. 11 1/2 Uhr findet für die während des Kapp-Putsches hingerichteten Arbeiter eine Gedächtnisfeier auf dem Friedhof „Blanke Höhe“ statt. Die Genossen und Genossinnen treffen sich um 10 Uhr in den Zahlendlokalen. Wir erwarten alle Genossen, sich zeitlich zu beteiligen.

Bereinskalender

Montag, 4. April

Knorr-Brenn. Alle Kollegen, welche noch arbeitslos sind, werden gebeten, sich früh 9 Uhr bei Stamme, Postamtstr. 22, in Listen einzutragen zu lassen. Ortsgruppe Elders der Internationalen Bundes der Arbeiter, Abends 7 Uhr Betriebsversammlung bei Hoffel, Dreierstr. 46. Es scheinen alle Mitglieder ist Pflicht, da Hauptstadt über hinführenden Bundesstag stattfindet.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kaldel, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Rudolph Kaminert, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei e. G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Achtung! Händler!

Seifen, Doppelpfeife, Seifenspinner, Toilettenseife, Zahnpasta, Parfüm, Köln, und Stücker-Soda, Streichhölzer, Urbin, Nigra auch Sonntag geöffnet



Briefmarken

kauft Großmann, Johannistr. 4, Zugang o. b. Friedrichstr. (Nr. 106) Norden 106 21

Kleine Anzeigen Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Annahme in allen Spalten des Verlags

Das Hochdrucktarif L.-Mk., jedes weitere Wort im Text 1,50 Mk. netto. Streikungsgebühr: Hochdrucktarif 1,50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.- Mk.

Wanzen

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Pichler, Berlin N 65, Schulstraße 14.

Motten, Flöhe, Kopfl- und Körperläuse, Schwaben werden vernichtet durch

Pfeifferol

Wandertarten

Wir alle Wanderer schenkt man in der Buchhandlung „Freiheit“ Preis 4.- Str. 8-9.

Zur bevorstehenden Einschätzung zur Reichseinkommensteuer muß jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende haben

Das Reichseinkommensteuergesetz

Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Drager Preis 4.- Mark

Die knappe, übersichtliche und allgemeinverständliche Darstellung wird jedem Steuerpflichtigen reifliche Aufklärung über die wichtigsten Steuerfragen verschaffen, wie die Abzüge vom Einkommen, den steuerfreien Teil des Einkommens, die Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, den Steuerabzug usw.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9 Auch durch alle Filialen der „Freiheit“

Verkäufe

Möbel

Fahrräder

Werkzeuge und Maschinen

Kaufgeschäfte

Anfiedlungen

Selbstbau

Tiermarkt

Verfälschtes